

Scharrer, Hans-Eckart

**Article — Digitized Version**

## Diskontsatz 7,5 Prozent

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scharrer, Hans-Eckart (1970) : Diskontsatz 7,5 Prozent, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 3, pp. 160-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134093>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Diskontsatz 7,5 Prozent

Dr. Hans-Eckart Scharrer, Hamburg

Spätestens nach der ergebnislosen Kabinettsitzung am 27. Februar war abzusehen, daß die Bundesbank im wirtschaftspolitischen Theater der Bundesrepublik ihren Part als Retter in der (Preis-) Not mit Überzeugung spielen würde. In den Kommentaren endet der Versuch, die Intentionen der Währungshüter in der Taunusanlage zu deuten, immer wieder bei den erhofften Signalwirkungen dieses spektakulären Coups. Unternehmer, Privathaushalte und Staat sind damit eindringlich aufgefordert, ihre Ansprüche an das Sozialprodukt auf ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Maß zurückzuschrauben und den sich gegenseitig aufschaukelnden Preis- und Kostensteigerungen Einhalt zu gebieten. Die Bundesregierung, die sich in diesem (Landtags-) Wahljahr bei der Beurteilung des ergänzenden Stabilisierungsprogramms offenbar allzu sehr von der ablehnenden Haltung der Interessenverbände beeindruckt ließ, wird nachdrücklich auf ihre Verantwortung für das Gemeinwohl hingewiesen.

Die kreditpolitischen Maßnahmen selbst vermögen weder an den gegenwärtigen noch an den in nächster Zeit zu erwartenden Preissteigerungen im Konsumgütersektor etwas zu ändern. Einmal sind diese Preise bereits „gelaufen“, zum ändern existiert überhaupt nur ein indirekter Wirkungszusammenhang zwischen Diskontsatzvariation und Preisentwicklung. Um die sozialpolitisch relevanten Konsumgüterpreise in den Griff zu bekommen, muß die Bundesbank – durch Einflußnahme auf das Angebot von und die Nachfrage nach Bankkrediten – die Investitionstätigkeit drosseln. Die Neigung der Banken, neue Kreditengagements einzugehen, wurde bereits durch die drastische Einengung ihrer Liquidität im Gefolge der DM-Aufwertung stark beeinträchtigt. Die Diskonterhöhung, die die Kreditzinsen für erste Adressen auf das exotische Niveau von 11-11,5 % hinaufgetrieben hat, soll nun auch die Kreditnachfrage drosseln und die Unternehmen zum Aufschieben ihrer Investitionsprojekte veranlassen. Das verringerte Beschäftigungswachstum in der Investitionsgüterindustrie und der daraus resultierende langsamere Zuwachs der Löhne und Gehälter könnten dann über eine Reduzierung der privaten Nachfrage nach Konsumgütern allmählich zu der gewünschten Preisberuhigung führen.

Wenn es überhaupt in der gegenwärtigen Spätphase der Hochkonjunktur noch vertretbar ist,

zusätzliche Bremsen einzubauen, dann hätte dem vom Bundeswirtschaftsministerium empfohlenen befristeten und/oder rückzahlbaren Zuschlag auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer der Vorzug gehört. Hierdurch wäre nämlich nicht einseitig die für das zukünftige wirtschaftliche Wachstum notwendige Investitionstätigkeit, sondern in gleicher Weise die überbordende Konsumnachfrage direkt getroffen worden. Auch andere unerwünschte Nebeneffekte wären unterblieben. So dürfte die Diskonterhöhung Anlaß zu kräftigen Mietsteigerungen geben und damit nicht nur ihrer eigentlichen Intention – Preisstabilität – in diesem Fall direkt zuwiderlaufen, sondern außerdem den Keim zu neuen Lohnforderungen legen. Gesellschaftspolitisch problematisch ist auch, daß letztlich nur die Klein- und Mittelbetriebe voll der Kreditverteuerung ausgesetzt sind, während Großunternehmen sich jederzeit relativ günstig auf dem Eurokreditmarkt finanzieren können. Schließlich dürften die geduligten Bemühungen, ein breiteres Publikum an das Wertpapiersparen heranzuführen, angesichts der Kursverluste bei Aktien und festverzinslichen Werten einen schweren Rückschlag erlitten haben.

Im internationalen Rahmen läuft die deutsche Aktion den auf einen Zinsabbau gerichteten Tendenzen zuwider. Dies ist deshalb besonders paradox, weil es gerade die Bundesrepublik war, die vor wenigen Wochen durch Minister Schiller den Gedanken einer Chequers-Reprise ins Spiel brachte. Der kreditpolitische Handlungsspielraum der USA und Großbritanniens ist jedenfalls durch die einseitigen deutschen Maßnahmen erheblich eingengt worden.

Ob unter diesen Umständen Aufwand und Ertrag des Eingriffs in einer vernünftigen Relation stehen, wird sich erst zeigen müssen. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn Bund und Länder sich in Abstimmung mit der Bundesbank zu einem geschlossenen und überzeugenden wirtschaftspolitischen Konzept durchringen. Die nach wie vor geplante Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages und die baldige Abschaffung der Kuponsteuer laufen jedenfalls den beabsichtigten Wirkungen der Diskonterhöhung direkt konträr. Und auch die Diskussion um eine Ergänzung des Stabilitätsgesetzes ist nur eine Flucht vor den heutigen Problemen, solange der politische Wille fehlt, die gegebenen Instrumente einzusetzen.